

Die Vorlage bietet nicht das, was die englische Arbeiterpartei seit Jahren gefordert hat und was sie mit Recht erwarten durfte. Aber trotzdem ist die in Aussicht gestellte Wahlrechtsveränderung von ganz gewaltiger Tragweite. Und gerade weil man keineswegs sicher sein kann, daß diese Reform glatt durchgehen wird, müßte unverschiedenen die Arbeiterpartei besonders vorichtig sein und nichts tun, was ihre Selbsterhaltung erschweren könnte. Die Arbeiterfraktion wird bei der Kommissionsberatung, wie ihr Redner Henkelson gestern andeutete, sehr viele Änderungsanträge zu machen haben, aber es ist bekannt, daß sie in erster Linie die Ausschaltung der Frauen beklämpfen wird. Mehrere Mitglieder der Arbeiterfraktion haben öffentlich mit der Ablehnung der dritten Lesung der Vorlage gedroht, falls das Unterhaus ein Amendement zugunsten des Frauenstimmrechts ablehnen sollte. Bevor es so weit kommt, sind gewiß alle Mittel berechnigt, um eine so günstige Gelegenheit zur Verwirklichung des Frauenstimmrechts auf einmütigen demokratischen Grundlagel voll auszunutzen. Was aber, wenn diese Bemühungen mißlingen? Das Schicksal der Wahlreform kann unter den gegebenen Umständen sehr wohl gerade von den Stimmen der Arbeiterfraktion abhängen. Die Wahlreform schafft eine Viertelmillion neuer Arbeiterwähler, und zu einer Zeit, wo sich entscheidende soziale Kämpfe auf allen Gebieten vor unseren Augen vorbereiten, müßte es Blindheit, einen solchen Wachstumswach der Arbeiterklasse aus irgendwelchen Rücksichten auch nur auf ein einziges Jahr zu verzögern.

Die Konservativen sind in heller Verzweiflung. Die Mehrstimmen, die jetzt abgelehnt werden sollen, sind zum überwiegenden Teil konservative Stimmen. Wie die neuen Wähler stimmen werden, mag kein Mensch voraussetzen, aber die Konservativen sind nicht sehr zuversichtlich. Und scheinen die konservativen Ansprüche sehr gut begründet. Wir haben sie zu denen gehört, die bei jeder der Regierung unangenehme Maßnahmen schon die Konservativen zur Macht bringen lassen. Wir glauben im Gegenteil, daß das englische Volk heute auf einem politischen Keilweg angelangt ist, wo bei dem gegenwärtigen Parteienystem eine konservative Regierungsmehrheit fast unmöglich geworden ist. Darin wird die Wahlreform für die Konservativen gewiß nichts bessern.

**Annahme der Vorlage.**  
London, 19. Juli. Das Unterhaus hat gestern mit 254 gegen 150 Stimmen die Wahlreformvorlage in erster Lesung angenommen.

## Die Lage in Oesterreich.

Der Kampf in Ungarn.

Aus Budapest wird uns gemeldet:  
Am Mittwoch begann die zweite Session des Reichstages. Die erste Sitzung war eine formelle; es wurden die Präsidenten und die Schriftführer gewählt. An der Wahl nahmen die oppositionellen Parteien keinen Anteil trotz der Aufforderung der Regierung. Die Opposition will dadurch den ungarischen Reichstag zu einem Kumparliament machen. Ein Militärklub umgab, wie gewöhnlich, das Gebäude, und die oppositionellen Abgeordneten hielten draußen ihre Reden, da sie nicht eingelassen wurden. Die Regierung beabsichtigt, den Reichstag nur eine Woche lang zusammenzuhalten und wird ihm verschiedene Gesetzesvorlagen unterbreiten. Darunter befindet sich ein Gesetz über die Errichtung von Arbeiterasylotoren. Die Regierung will den Arbeitertransporthilfen dreihalb Millionen Kronen zur Verleihung von Sanatorien zur Verfügung stellen.

Der Ministerpräsident hat die Abgeordneten der Regierungspartei aufgefordert, sofort nach Schluß des Reichstages hinaus in das Land zu gehen und dort die Agitation unter dem Volk zu betreiben. Die Regierung verfolgt damit den Zweck, die Arbeitermassen von der Opposition loszureißen. Die Arbeiter werden sich indessen ebensowenig von dem Dreieinhalb-Millionen-Rüder beiraten, wie durch Gewalt bezeugen lassen. Es ist die Regierung beabsichtigt, möglichst Ruhe zu schaffen, sagt auch der Umstand, daß der Staatsanwalt in Budapest gegen die Verhafteten der Mairevolution die Anklage wegen Aufstuhrs fallen gelassen und nur gegen 143 Verhaftete die Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt aufrechterhalten hat.

Am Sonntag sollen in Ungarn wieder ungefähr 60 von den oppositionellen Parteien einberufene Volksversammlungen stattfinden, voraussichtlich aber wird ein großer Teil der Versammlungen wieder verboten werden.

Anlaßlich des Attentats des Abgeordneten Kovacs gegen den Präsidenten Tisza im Reichstage teilten wir mit, daß auch ein anderer Abgeordneter einen Mordversuch abgelehnt habe. Nun stellt es sich trotz der Verharmlichung der Regierung heraus, daß unsere Angaben auf Wahrheit beruhen. Am Dienstag wurde er sich selbst der Polizei und lieferte seinen Revolver ab. Die Regierungsbürokraten stampeln ihn natürlich zum Scheitern; er habe dem Präsidenten das Leben retten wollen.

Die Zeitung Pest-Delap, die früher Regierungsblatt war und wegen der Gewaltthaten im Reichstage zur Opposition übergegangen ist, drückt über einige Regierungsabgeordnete und die Geldgeschäfte, die sie, gestützt auf ihr Abgeordnetenmandat, machen, Äußerungen erregende Meinungen. Der größte Kritiker, Alexander Kagan, ein Freund des Präsidenten, überließ Dienstag nachmittag dem Redakteur der genannten Zeitung und wollte von ihm einen Widerruf erpressen. Als der Redakteur keine Folge leistete, zog er einen Revolver aus der Tasche und wollte den Redakteur niederschlagen. Das Personal warf sich aber dazwischen.

In der Parliaments-Sitzung des Reichstages hatte die Regierung eine Heberhöhung geplant. Vor Schluß der Sitzung unterbrach der Ministerpräsident Tisza einen Gegenentwurf, der dem Reichstagspräsidenten und dem Kommissar des Reichstages, sowie dem Reichstagspräsidenten und dem Kommissar ihres Mandats betraf, zu erklären. Nach dem Gegenentwurf hat der Reichstag das Recht, Mitglieder Abgeordnete aus dem Reichstage selbst mit Vollmacht zu ernennen. Jedoch kann die Polizei und Gendarmerie nicht regelmäßig und bleibend im Reichstage anwesend werden. Der Ministerpräsident beantragte daher, das Haus möge den Gegenentwurf annehmen, damit ein für allemal parlamentarische Ordnung hergestellt wird. Als dieser Gegenentwurf, der bis zur Sitzung der Sitzung ein Gegenentwurf wurde, bekannt wurde, brach unter der Regierungspartei eine Erregung aus. Die gewählten Präsidenten des Abgeordnetenhauses

Werdwitsch und Kawan protestierten auf das entschiedenste gegen diesen Gegenentwurf. Ein großer Teil der Regierungspartei schloß sich den Protestierenden an und nur mit großer Mühe gelang es der Regierung, mit der eigenen Partei ein Kompromiß zu schließen. Das Kompromiß ist folgendes: Der Ministerpräsident unterbreitete den Gegenentwurf, sagte jedoch in seiner Rede sofort, daß er die Verhandlung dieses Gegenentwurfs für den Herbst lasse, da gegenwärtig die Opposition im Reichstage nicht vertreten sei und die Wichtigkeit dieses Gesetzes unbedingt die Anwesenheit der Opposition erfordere. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

In gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die Regierung diesen Gegenentwurf nur als Waffe gegen die Opposition benutzte, d. h. die Regierung will den Gegenentwurf als Drohung gebrauchen und glaubt, dadurch die Opposition zu einem Kompromiß zu bringen. Es ist unbedenklich, welche Folgen dieser unzeitige Gegenentwurf in dem Lande herbeiführen wird. Bemerkenswert ist es, daß in der Begründung dieses Gegenentwurfs direkt auf das ungesetzliche Vorgehen des preussischen Abgeordnetenhauses-Präsidenten hingewiesen wird.

**Ein Zusammenstoß.**  
Budapest, 19. Juni. (Privattelegramm.) In einem Zusammenstoß kam es heute in Budapest zwischen einer Volksmenge und Gendarmen. Eine Gruppe von oppositionellen Abgeordneten befand sich unterwegs in ihr Klublokal. Es hatte sich ihnen eine Menge angeschlossen, die ihnen lebhaftes Interesse darbrachte. Am Schlangengang trat ihnen eine Abteilung Gendarmen entgegen und forderte sie auf, sich zu zerstreuen. Als dieser Aufforderung nicht gleich Folge geleistet wurde, ging die Gendarmen mit gefülltem Bajonett vor und schürte den Blut.

**Die Kabinettkrise in Oesterreich.**  
Wien, 19. Juni. Der Volsklub hat heute mittag nach längerer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Volsklub hat das Vertrauen zum Leiter des Kabinetts, Freiherrn v. Pichler, verloren und lehnt die Verleihungen mit ihm ab. — Infolge dieser Resolution ist die Situation des Kabinetts ernstlich bedroht. Es ist zu erwarten, daß die Kabinettkrise in der nächsten Zeit zu einer Abtrennung der Gendarmen entgegen und forderte sie auf, sich zu zerstreuen. Als dieser Aufforderung nicht gleich Folge geleistet wurde, ging die Gendarmen mit gefülltem Bajonett vor und schürte den Blut.

**Die Verhandlungen im Wiener Reichstag.**  
Wien, 19. Juni. Im österreichischen Abgeordnetenhause begann gestern die Debatte über die Wahlreform. Der Reichstag hat das Vertrauen zum Leiter des Kabinetts, Freiherrn v. Pichler, verloren und lehnt die Verleihungen mit ihm ab. — Infolge dieser Resolution ist die Situation des Kabinetts ernstlich bedroht. Es ist zu erwarten, daß die Kabinettkrise in der nächsten Zeit zu einer Abtrennung der Gendarmen entgegen und forderte sie auf, sich zu zerstreuen. Als dieser Aufforderung nicht gleich Folge geleistet wurde, ging die Gendarmen mit gefülltem Bajonett vor und schürte den Blut.

**Verzögerung des Wahlrechts für Frau Dr. Kunz.**  
Wien, 19. Juni. Der Reichstag hat heute mittag nach längerer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Volsklub hat das Vertrauen zum Leiter des Kabinetts, Freiherrn v. Pichler, verloren und lehnt die Verleihungen mit ihm ab. — Infolge dieser Resolution ist die Situation des Kabinetts ernstlich bedroht. Es ist zu erwarten, daß die Kabinettkrise in der nächsten Zeit zu einer Abtrennung der Gendarmen entgegen und forderte sie auf, sich zu zerstreuen. Als dieser Aufforderung nicht gleich Folge geleistet wurde, ging die Gendarmen mit gefülltem Bajonett vor und schürte den Blut.

**Deutsches Reich.**  
Ein Loblied auf Bassermann.  
In einer Berliner Halbmonatszeitschrift singt der frühere Reichstagsabgeordnete Eisele ein Loblied auf Bassermann. Bassermann habe in der Reichstagsabgeordnetenversammlung nach allen Seiten hin Führung gehabt und er habe sie benutzt, um im nationalliberalen Sinne zu führen. Herr Eisele nennt jedoch dann weiter:

Das ist hin und her die Fortschrittliche Volkspartei in der Bundestage der Reichstagsabgeordnetenversammlung, welche die nationalliberalen Verhältnisse der Reichstagsabgeordnetenversammlung und gewinn gleichzeitig das Zentrum für einen Kompromißvertrag auf nationalliberaler Basis, die Konservativen haben einer Isolierung ausliefernd, das alles andere aber als „splendid“ war. In Anbetracht der zu nächst eingeworfenen lehrbuchmäßigen Agitation gegen Eisele und der letzten Eisele-Kampfe, die den Reichstagswahlkampf beherrschten, schied sich schließlich ein genialer Schachzug. Es ist wirklich ungemein kurzweilig, wenn einige linksliberale Wähler diesen Sieg der liberalen Partei nicht verstehen und es so darstellen, als sei die nationalliberale Partei durch diese Bassermannsche Taktik dem Zentrum und dem schwarzblauen Ploz näher gerückt. Weil man die Situation kennzeichnen, so wird man sagen können: Bassermann ist dem Kanzler, der nicht zu eigener Initiative kam, die Initiative übernommen und ihm gezeigt, daß für eine allgemeine Weichheit und auch für eine Erbschaftsteuer ein Weichen im Reichstag vorhanden ist. Die Regierung verlangt, das Parlament nicht — das ist die Situation, in welcher der Reichstag auszuwandern beginnt. Die nationalliberale Partei war trotz ihrer reinen Schwäche ausfallend und hat diese ausfallende Stellung geschickt benutzt.

**Die Rheinisch-Westfälische Zeitung.** Das Organ der Kohlenbarone, das den rechtsnationalliberalen nahe steht und die nationalliberale Partei möglichst in der Reichstagsabgeordnetenversammlung beiraten möchte, macht sich über die überlegene Lob, das Bassermann dem Herrn Bassermann schenkt, nach Kräften lustig. Bassermann, so heißt das Unternehmerviertel, habe nicht das Zentrum für das Reichstagskompromiß gewonnen, sondern Bassermann sei dem zwar ebenso eifrig aber tausendmal schärfer Erbergerger angefallen. Das Blatt schreibt:

Wir haben auf Grund der in unsere Hände gekommenen Abschriften des Reichstagsprotokolls der Augustinervereinigung (Generalversammlung) in Köln und Berlin im Jahre 1897 und 1898, sowie der Reichstagsprotokolle von 1897 und 1898, die das Zentrum im Reichstagskompromiß von 1897 wieder in die Höhe zu kommen, und daß es jetzt, am Ziel seiner

Wünsche, sich auf die Liberalen einrichten will, deren es zur Befestigung seines Besitzes im Westen und in Süddeutschland dringender bedarf. Um die Liberalen zu „gewinnen“, ist in den Augustinervereinigungsgeneralversammlungen von Zentrumspolitikern vorgebracht worden, sogar einer etwa kommenden Erbschaftsteuer zugestimmt (Abg. Siebert), den Liberalismus in seinem Kampf gegen die angebliche Bevorrückung der Konservativen in Regierung zu Verhinderung zu unterstützen und „mit Wärme“ für die Interessen der Industrie einzutreten (Abg. Pieper), das liberale „Selbstgefühl“ zu schonen (Julius Bacher), eine Änderung der bestehenden Wahlkreis-Einteilung im Sinne liberaler Wünsche zu befehlen (Abg. Weder), und was der schönen Dinge mehr ist.

Und dann meint die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die Annabergener Wähler hätten gut getan, Herrn Stresemann nicht mehr in den Reichstag zu senden. Das Blatt fordert die Liberalen auf, sich nicht von kurzfristigen Pöhl- und Reichstagsgefühlen gegen die Konservativen leiten zu lassen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat sicher Unrecht, als es mit den von Stresemann so arg besungenen Folgen des Herrn Bassermann eine sehr zweifelhafte Sache ist. Der Reichstagsantrag Bassermann-Erbergerger war ja so allgemein gefaßt, daß auch die Konservativen dafür stimmen konnten, weil man sich eben unter dem schönen Wort „Weichheit“ bei einem guten Willen alles mögliche denken kann, und erst vor kurzem hat das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, wieder sehr energisch gegen die Erbschaftsteuer Stellung genommen. Herr Stresemann hätte also sicher gut getan, mit seinem Befehl vom „genialen Schachzug“ des Herrn Bassermann noch ein wenig zu warten.

**Konservative und Nationalliberale.**  
Im konservativen Zentralverein für die Provinz Pommern hat kürzlich der Abgeordnete Landrat a. D. v. Gohler eine Rede gehalten, worin er auch die Beziehungen zu den Nationalliberalen erörterte. Ueber diesen Punkt sagte er:

Wenig erfreulich habe sich seit der Finanzreform das Verhältnis zu den Nationalliberalen gestaltet. An der nationalliberalen Partei habe sich schwer die innere Unklarheit ihrer Politik unter Bassermann, die „doppelte Buchführung“, die er betreibt, gezeigt. Beim letzten Reichstagswahlkampf redete man von Verhinderung sozialer Kultur und führte dabei in den Versammlungen eine demagogische Sprache, die sich kaum von der der Sozialdemokraten unterscheiden habe. In der Provinz Pommern sei ja nicht davon zu merken gewesen; in Schlesien habe man aber die Tätigkeit nationalliberaler Parteiführer und ihre Agitation während der Wahlzeit kennen gelernt. Mit den Jungliberalen war schwerlich unser Weg noch einmal zusammenzuführen; dagegen werden wir, hoffe ich, die Fäden mit den Nationalliberalen wieder anzuknüpfen lassen.

Bei den Jungliberalen sind nach der Ansicht des Herrn Gohler Pöhl und Witz verloren, aber mit den Altnationalliberalen glauben die Konservativen schon wieder zum Geschäft kommen zu können!

Darum auch nicht! Sind doch die Altnationalliberalen nichts weiter als verkappte Konservativen, die nur deswegen ihr politisches Handwerk unter der nationalliberalen Firma betreiben, weil sie dadurch bessere Geschäfte machen können. Viele, die sich jetzt durch die schöne Firma betören lassen, würden ihnen nicht mehr nachlaufen, wenn sie sich offen als das, was sie wirklich sind, als Konservativen, bekennen würden.

Uebrigens sind die Jungliberalen auch nicht so schlimm! Haben doch die Leute im Bassermann schon oft genug die ärgsten reaktionären Streiche mitgemacht! Wenn bei den Wahlen auch die Herren Parteiführer den Mund ein bisschen voll nehmen, das hat doch nicht so viel zu sagen. Klappen gehört zum Handwerk!

**Schlechte Kandidatentypen.**  
Im Dorfe Sedorf im Birsfelder Kreise ärgert sich der Amtsvorsteher schwer über die dort eingebrachten Sozialdemokraten. Er hat nur noch einen Gedanken: Wie sind die Sozialisten aus dem Dorfe zu bringen. Das glaubt er vollbringen zu können, wenn er über Vertriebenmann zur Stube gebracht hat. Denn, so sagt er, wenn dieser Kandidat fort ist, löst sich die seit den letzten Wahlen bestehende Organisation auf und verstreuen die Helfer der sozialdemokratischen Presse. Nun ist dieser Kandidat aber ziemlich fest; er ist Agitationsleiter der dortigen Vertriebenstelle des Birsfelder Komitees. In demselben Dorfe, wo sich der Kandidat befindet, ist die Mühe, die Mitglieder des Komitees aufzufinden; er bezieht den Verein mit seinem Lagerort als sozialdemokratisch, dem sozialistischen Amtsvorsteher nur geringen Erfolg gehabt, aber dem selbstverliebten Amtsvorsteher sind keine Honorare zu zahlen. Selbst der Kantor, die Wirtin und einige der größten Grundbesitzer des Ortes sind noch Mitglieder.

In einem anderen Dorfe des Birsfelder Kreises herrscht als Amtsvorsteher der Baron v. R. In diesem Großgüterort kommt ein großer Teil der Bevölkerung aus dem Dorfe und führt hiesige Angelegenheiten für Pommern aus dem Dominium des Barons mit 18 Pfennig 2 Stunden Lohn abgeleitet wird. Darauf antwortet leutselig der Amtsvorsteher: Aber Sie verdienen doch reichlich, da ich der Lohn für Ihren Mann genug. Aber er ist doch jung und kräftig und soll sich nicht von seiner Frau ernähren lassen, erwidert die reiche Hebamme. Ich will egal, antwortet darauf der Baron. Ich brauche Ihren Mann nicht, ich besimme ausländische Arbeiter noch billiger.

**Die Dänen in Nordschleswig.**  
Auf dem in Hensburg abgehaltenen diesjährigen Parteitag der Dänen wurde ein erhebliches Anwachsen der dänischen Propagandaverbreitung konstatiert.

Bei der letzten Reichstagswahl sind die dänischen Stimmen verhältnismäßig stark angeschwollen, und zwar um etwa 14 Proz., während die Gesamtzahl der in Schleswig-Holstein abgegebenen Stimmen nur um etwa 9 Proz. angewachsen. Am stärksten sind die Dänen in dem ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreise Hadersleben-Sonderburg, dem einzigen Reichstagswahlkreise, den die Dänen seit 1867 stets in Besitz hatten. Sie ergielten dort 1874 11744 Stimmen 11744 und legten so wieder im ersten Wahlgange. Ihre Zunahme betrug 1888 1888 Stimmen. Im zweiten Wahlkreise, Hensburg-Aberrade, der von 1881 bis 1884 vorübergehend dänisch vertreten war, fiel diesmal die Stimmenzahl der Dänen von 8288 auf 8288. Im Wahlkreise Londern-Sulom-Eiderstedt ergielten die Dänen 1984 Stimmen gegenüber 1788 im Jahre 1907. Im ganzen brachten die Dänen in Schleswig-Holstein 17800 Stimmen auf gegen 15100 im Jahre 1907.

So wirkt die preussische Gewaltpolitik in Nordschleswig wieder ein Schrei nach dem Justizgesetze. Der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Gohler hat in seiner in Straßburg i. E. abgehaltenen Hauptversammlung erneut und nachdrücklich die Forderung nach einem wirksameren Schutz der Arbeitstätigen zu erheben. Auf beiderlei Seite der Verhandlung sind die abzuhebende Stellungnahme des Reichstags in seiner Sitzung vom 23. Mai d. J. gegenüber den Arbeitstätigen.

**Die Dänen in Nordschleswig.**  
Auf dem in Hensburg abgehaltenen diesjährigen Parteitag der Dänen wurde ein erhebliches Anwachsen der dänischen Propagandaverbreitung konstatiert.

Bei der letzten Reichstagswahl sind die dänischen Stimmen verhältnismäßig stark angeschwollen, und zwar um etwa 14 Proz., während die Gesamtzahl der in Schleswig-Holstein abgegebenen Stimmen nur um etwa 9 Proz. angewachsen. Am stärksten sind die Dänen in dem ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreise Hadersleben-Sonderburg, dem einzigen Reichstagswahlkreise, den die Dänen seit 1867 stets in Besitz hatten. Sie ergielten dort 1874 11744 Stimmen 11744 und legten so wieder im ersten Wahlgange. Ihre Zunahme betrug 1888 1888 Stimmen. Im zweiten Wahlkreise, Hensburg-Aberrade, der von 1881 bis 1884 vorübergehend dänisch vertreten war, fiel diesmal die Stimmenzahl der Dänen von 8288 auf 8288. Im Wahlkreise Londern-Sulom-Eiderstedt ergielten die Dänen 1984 Stimmen gegenüber 1788 im Jahre 1907. Im ganzen brachten die Dänen in Schleswig-Holstein 17800 Stimmen auf gegen 15100 im Jahre 1907.

So wirkt die preussische Gewaltpolitik in Nordschleswig wieder ein Schrei nach dem Justizgesetze. Der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Gohler hat in seiner in Straßburg i. E. abgehaltenen Hauptversammlung erneut und nachdrücklich die Forderung nach einem wirksameren Schutz der Arbeitstätigen zu erheben. Auf beiderlei Seite der Verhandlung sind die abzuhebende Stellungnahme des Reichstags in seiner Sitzung vom 23. Mai d. J. gegenüber den Arbeitstätigen.